

**Deutsche Aktien (DAX):**

**31.12.2010 6.914,19 Punkte**  
**30.06.2011 7.376,24 Punkte (+ 6,68%)**



- ✓ Die Wachstumserwartungen 2011 für Deutschland wurden in der Zwischenzeit stark erhöht. Zu Jahresbeginn lagen diese bei ca. 2%, nun sollen es 3,5% p.a. werden. Der Aufschwung wird zu 2/3 aus der Binnennachfrage getragen, insbesondere durch die zunehmenden Investitionen
- ✓ Die Wirtschaft baut weiter Beschäftigung auf. Die Zahl der Arbeitslosen liegt nun deutlich unter 3 Mio. (6,9%)
- ✓ Gute Lohnabschlüsse erhöhen die Kaufkraft der Arbeitnehmer, z.Bsp. in der Chemiebranche steigen die Löhne um 4,1% p.a.
- ✓ Die Hannover Messe erzielte einen neuen Ausstellerrekord. Die Maschinenbaubranche und die Elektroindustrie haben ihre Produktionserwartungen nochmals angehoben. Siemens hat zur Geschäftsjahresmitte (31.03.) die Gewinnprognose erhöht
- ✓ Im 1. Quartal 2011 sprudeln die Steuerquellen um 16% besser als im Vorjahr. Die Mehrwertsteuererhöhung von 2006 um 3% brachte ein geringeres Steuerplus. Bis 2014 schätzt man 135 Mrd. Euro an Steuermehreinnahmen. Deutschland kann es sich leisten, einen Teil dieses Geldes für den Erhalt der europäischen Union zu investieren

- ✓ Die Unternehmen haben Liquiditätsreserven aufgebaut, um ihre finanzielle Unabhängigkeit zu erhöhen. So verfügt Daimler beispielsweise über liquide Mittel in Höhe von 12 Mrd.
- ✓ Der Mittelstand strotzt vor Kraft. Die Stimmung ist auf ein 15 Jahreshoch gestiegen. Die Firmen signalisieren einen hohen Einstellungsbedarf
- ✓ Das Nettogeldvermögen liegt mittlerweile bei 3,4 Bio. Euro (Brutto 4,9 Bio. Euro minus 1,5 Bio. Euro Schulden) . In den letzten 10 Jahren ist das Geldvermögen der Bundesbürger um 3,4% p.a. gewachsen (Sparleistung & Verzinsung)

- Die Frage um den deutschen Beitrag zur Sanierung von Griechenland spaltet unser Land. Die Großunternehmen fordern vehement ein Bekenntnis für Europa und den Euro. Die mittelständische Wirtschaft hingegen, vertreten durch ihren Verband „Familienunternehmer/ASU“, fordert den Ausstieg von Griechenland aus der Währungsunion und die Beendigung der Transferzahlungen
- Auch außenpolitisch bläst der Bundesregierung durch die neutrale Haltung bei der Libyen Abstimmung und dem Alleingang beim Atomausstieg ein scharfer Wind ins Gesicht
- Berechnungen zufolge wird Deutschland aus einem Stromexporteur zu einem Importeur, der künftig 1/3 seiner Energie aus dem Ausland beziehen muß
- Auch Deutschland ist von einer soliden Haushaltspolitik weit entfernt. In Rheinland-Pfalz sind beispielsweise die Ausgaben der Kommunen seit 21 Jahren höher als die Einnahmen
- Die ehemals stolze Westdeutsche Landesbank hat die Finanzkrise nicht überstanden. Die NRW Kommunen und Sparkassen müssen nochmals jeweils 1 Mrd. an Eigenkapital zuschießen, um die Aufspaltung und Abwicklung zu ermöglichen. Der Bund verliert 2 Mrd. Euro seiner geleisteten Einlagen. Zweifelhafte Forderungen über 100 Mrd. wurden in einer „Bad Bank“ ausgelagert, die staatlich abgesichert werden mussten
- Unser Steuersystem mit 33.000 Einzelnormen ist weder anwendbar noch reformierbar. Trotzdem verweigern sich die Parteien einer grundlegenden Änderung. Der nun vorgelegte und solide berechnete Vorschlag von Paul Kirchhoff wird von der überwiegenden Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt
- Das Kapital der DAX Konzerne liegt nur noch mit 44% in deutschen Händen

**Deutsche Anleihen (REX P)**

**31.12.2010 390,67 Punkte**  
**30.06.2011 393,18 Punkte (+ 0,64%)**

- ✓ Nachdem die Märkte für festverzinsliche Wertpapiere im 1. Quartal relative starke Verluste hinnehmen mussten, wendete sich im 2. Quartal das Blatt. Die Zuspitzung der Eurokrise um Griechenland führte zu einer starken Nachfrage nach den nach wie vor sicher geltenden Anleihen aus Deutschland

- ✓ Die von den Marktteilnehmer für den Juni erwartete Zinserhöhung seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde verschoben

- Eine steigende Inflation und niedrige Zinsen führen zu Vermögensverlusten bei Anlegern
- Nimmt man nur Deutschland zum Maßstab, dann müssten die Zinsen in Anbetracht der erfreulichen Konjunktorentwicklung schon weit höher stehen. Die erste im April vorgenommene Zinserhöhung der EZB von 1% auf 1,25% wird der Situation in unserem Land nicht gerecht
- Die Lage an den europäischen Rentenmärkten ist so gestresst, dass nur ein gemeinsamer europäischer Bondmarkt die Situation auf Dauer entspannen kann. Ohne diesen scheinen Griechenland, Irland und Portugal bis auf Weiteres vom Kapitalmarkt ausgeschlossen
- Durch die Einführung von sogenannten „Eurobonds“ könnten in Deutschland die Zinsen steigen



**Europäische Aktien (Euro Stoxx 50 Index)**

**31.12.2010 2.807,04 Punkte**  
**30.06.2011 2.848,59 Punkte (+ 1,48%)**

- ✓ Nach der Zustimmung des griechischen Parlamentes am 29.06.11 zu den Reform- und Sparpaketen kam es zu einer deutlichen Entspannung an den europäischen Finanzmärkten

- ✓ Europa steht am Scheideweg: Wie stehen die Europäer zu Europa? Insbesondere wir Deutsche müssen uns entscheiden. Nach der Zustimmung der Griechen zum Reformpaket zeichnete sich ein stärkeres Bekenntnis auch konservativer Kreise ab. Die „FAZ“ erinnerte am 30.06. an die Gründung der EU im Jahr 1950. Auch im „Heute Journal“ vom 29.06 kommentierte Chefredakteur Peter Frey wohlwollend in Richtung politische Union. Es wurde daran erinnert, dass Frankreich nach dem Krieg Deutschland die Aufnahme in die EU ermöglichte, die von Anfang an als Solidargemeinschaft konzipiert war
- ✓ Die Iren sind im Umgang mit ihren gescheiterten Banken einen Schritt weitergekommen. Der Kapitalbedarf konnte ermittelt werden und wurde entsprechend kommuniziert. Der von der EU aufgespannte Rettungsschirm deckt die erforderlichen Beträge ab. Die Anglo Irish Bank soll in den kommenden Jahre komplett abgewickelt werden



- ✓ Die Banken in Großbritannien und der Schweiz müssen aufgrund nationaler Vorschriften höhere Eigenkapitalquoten vorweisen, als dies auf europäischer Ebene gefordert wird
- ✓ Das nach Deutschland zweitgrößte EU Land Frankreich kommt nun wirtschaftlich auch stärker in Schwung
- ✓ Positivbeispiel Schweden: Das Land stand noch Anfang der 90er Jahre wie Griechenland vor der Insolvenz. Mit den damals eingeleiteten Reformprozessen bekannten sich die Schweden zu ihrer sozialen Verantwortung. Entsprechende Finanzierungsbeiträge der Bürger senkten die Staatsverschuldung auf aktuell 27% des BIP
- ✓ Europäische Politiker fordern die Dominanz der amerikanisch dominierten Ratingagenturen durch die Gründung eines eigenen Instituts zu brechen

- ✓ Um Europa steht es insgesamt, auch in Bezug auf Neuverschuldung (4,3% Defizit) und Gesamtverschuldung wesentlich besser als um die USA oder Japan (jeweils 10%). In diesen beiden Ländern werden bisher grundlegende Reformansätze, wie sie in Europa umgesetzt werden, nicht verfolgt. Europa sollte mittelfristig davon profitieren

- Die Nerven europäischer Politiker scheinen blank zu liegen. Ein im Mai abgehaltenes Geheimgespräch wurde zunächst vehement dementiert. Junker rechtfertigt öffentlich die Notwendigkeit von Lügen
- Eine Insolvenz von Griechenland erschien bis zur Annahme des Reformpaketes durch die Regierung im Bereich des Möglichen. Griechenland liegt nach 3 Rezessionsjahren in Folge am Boden. Die bisher eingeleiteten Reformen konnten bisher nicht greifen. Zu groß waren bisher die Zweifel
- Auch Portugal musste in der Zwischenzeit Schutz unter dem europäischen Rettungsschirm suchen
- Ein großes europäisches Sorgenkind bleibt Spanien. Die Folgen eines ungebremsen Baubooms und die ungelösten Arbeitsmarktprobleme lasten auf dem Land wie Blei. Spanien kann nicht so weiter machen wie bisher. Die von Jugendlichen geprägten Proteste gegen Arbeitslosigkeit und offensichtlicher Korruption gewinnen an Stärke. Die Regierung beschließt die Privatisierung von Sparkassen, Lotterien und Flughäfen
- Auch Italien gerät unter Druck. Die Ratingagenturen setzen das Land auf die Beobachtungsliste. Die Regierung Berlusconi reagiert mit einem Sparpaket über 47 Mrd. Euro, das bis 2014 realisiert werden soll
- In Großbritannien sind die Häuserpreise um weitere 3,7% p.a. gesunken
- Durch den Kauf europäischer Staatsanleihen insbesondere von Griechenland, Portugal und Irland ist die EZB in einen Interessenkonflikt geraten. Ihre auffallend vorsichtige Haltung zur Beteiligung privater Gläubiger an der Sanierung Griechenlands ist diesem Umstand geschuldet. Durch ihr Verhalten ermöglichte sie es, den Banken sich ihrer Verantwortung zu entziehen

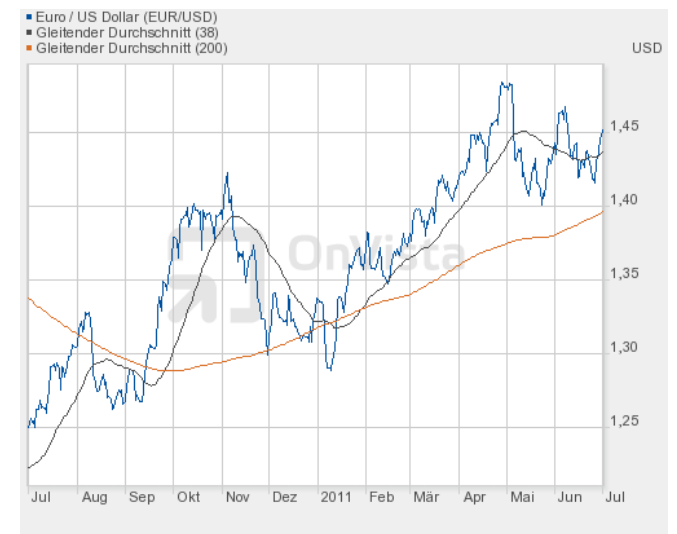
### Der US-Dollar (USD)

31.12.2010 1,3383 US\$ je Euro  
 30.06.2011 1,4474 US\$ je Euro (- 8,15%)

- ✓ Eine Aufwertung des USD gegenüber dem EURO wäre ein Zeichen für das Scheitern der Europäischen Währungsunion im Ganzen. Dies liegt zwar im Bereich des Möglichen, ist aber meiner Meinung nach nicht wahrscheinlich
- ✓ Eine Beendigung des Streites um die künftige Haushaltspolitik zwischen den Republikanern und den Demokraten könnte den USD stärken. Eine Entscheidung wird Anfang August fallen. Alles andere als eine Einigung hätte für das Ansehen der Amerikaner katastrophale Folgen

- ✓ Dank kräftig sprudelnder Unternehmensgewinne liegen die Steuereinnahmen in USA etwas über den Erwartungen und lindern damit die Defizitprobleme

- Die starke Aufwertung des EURO in 2011 steht im Widerspruch zu den an den Märkten und die in den Medien verbreiteten Sorgen ( siehe „Spiegel“ Nachruf auf den EURO vom 20.06.) um das mögliche Auseinanderfallen der Währungsunion
- Es besteht offensichtlich ein großes Interesse internationaler Anleger und auch der Schwellenländer daran, mit dem EURO eine Alternativwährung zu YEN und USD zu erhalten
- Es entsteht der Eindruck, dass die Schwäche des USD zunehmend fundamental begründet ist. Skeptiker schließen nicht aus, dass Amerika sich in den kommenden 12 Monaten in Richtung Rezession bewegen wird
- Die erwarteten Zinsdifferenzen sprechen klar für den EURO. Die EZB wird den Leitzins weiter erhöhen. In Amerika erwarten Experten erste Zinserhöhungen nicht vor 2012
- Ein schwächerer USD ist politisch gewollt. US Exporte werden dadurch begünstigt. Die US Ausfuhr ist einer der wenigen Bereiche, die zur Zeit die fragile wirtschaftliche Entwicklung in Amerika stabilisiert
- Auch Amerika selbst gerät nun stärker in den Fokus von Ratingagenturen, die die Zweifel an der Fähigkeit der USA äussern, ihre Schulden zu bedienen



**Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)**

**31.12.2010 1.257,88 Punkt**  
**30.06.2011 1.320,64 Punkte (+ 4,99%)**

- ✓ Der befürchtete Anstieg von Zahlungsausfällen bei Kommunalanleihen ist bisher nicht eingetreten. Dank steigender Steuereinnahmen konnte sich die Situation entspannen
- ✓ Kalifornien schafft es, die berechnete Neuverschuldung von 25 Mrd. auf 10 Mrd. zu drücken. Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen haben dies ermöglicht
- ✓ Die im 2. Quartal beobachtete Wachstumsabschwächung wird von Ökonomen im Wesentlichen auf die Lieferverzögerung von japanischen Vorprodukten und dem zwischenzeitlich stark angestiegenen Ölpreis zurückgeführt. Diese Faktoren sollten sich Laufe des Jahres wieder verbessern
- ✓ Noch Anfang April prognostizierten die Analysten einen Anstieg der Unternehmensgewinne von 14,6% in 2011. Nach den guten 2. Quartalsgewinnen wurden diese auf 16,6% angehoben
- ✓ Die US Notenbank lässt das Aufkaufprogramm für US Staatsanleihen auslaufen. Fällige Anleihen werden jedoch reinvestiert. Marktteilnehmer hoffen darauf, dass die Notenbank bei einem möglichen Abgleiten der Wirtschaft in die Rezession ein weiteres Aufkaufprogramm initiieren wird



- Goldman Sachs hat die Wachstumserwartungen von 4% für 2011 auf nun mehr 2,3% nach unten revidiert
- Nach einer kurzen Phase der Stabilisierung fallen die Häuserpreise nun wieder. Für die Verbraucher und die

- Banken, die entsprechende Hypotheken als Sicherheiten halten, ist dies eine latent bedrohliche Entwicklung
- Auch am Arbeitsmarkt kam es zu weiteren Enttäuschungen. Neue Stellen werden kaum noch geschaffen
- Die allgemeinen Lebenshaltungskosten sind mittlerweile um 3,6% teurer geworden und entziehen den Amerikanern Kaufkraft
- Die sozialen Unterschiede in Amerika vergrößern sich weiter. Die Reichen haben ihren Anteil am Einkommenskuchen in den letzten 10 Jahren verdoppelt
- An der Technologiebörse Nasdaq zeigen sich spekulativ bedingte Übertreibungen, insbesondere bei Neuemissionen. Beim für 2012 erwarteten Börsengang von „Facebook“ kalkulieren die Märkte mit einem Emissionsvolumen von 100 Mrd. USD
- US Aktien erscheinen im historischen Kontext überbewertet. Die hohen Gewinnmargen der US Unternehmen lassen sich nicht ohne Weiteres in die Zukunft projizieren
- Die US Wirtschaft hat mit ihrem Industrieausstoß – er liegt bei der Hälfte dessen, was Deutschland als Exportnation vorzuweisen hat – nur wenig Anknüpfungspunkte am Wachstum der Weltwirtschaft teilzuhaben
- Legt man die Berechnung des Preisindex von 1990 zugrunde, läge sich die US Inflation bei 6%. Der Prozess der Verarmung der US Bevölkerung hat schon vor Jahren eingesetzt
- Zur Haushaltssanierung fordern Demokraten Steuererhöhung und Republikaner Ausgabenkürzungen. Ein Kompromiss ist bisher noch nicht in Sicht. Bis Anfang August muß die Schuldenobergrenze angepasst werden



**Japanische Aktien (Nikkei-Index)**

**31.12.2010 10.228,92 Punkte**  
**30.06.2011 9.816,09 Punkte (- 4,04 %)**

- ✓ Die japanische Wirtschaft hat nach einem heftigen Produktionseinbruch im März wegen des Tsunamis und der folgenden Fukushima Katastrophe wieder Tritt fassen können
- ✓ Der Konsum ging weniger stark als erwartet zurück
- ✓ Am Tokioter Immobilienmarkt ist es ruhig geblieben. Das Preisniveau hat nicht gelitten
- Die japanische Atombehörde hat im Nachhinein den Reaktorunfall auf die höchste Gefährdungsstufe gesetzt. In den Reaktoren von Fukushima fanden mehrere Kernschmelzen statt. Es werden Jahre vergehen, bis die endgültigen Strahlenschäden bilanziert werden können. Insbesondere besteht die Gefahr, dass kontaminiertes Wasser ins Grundwasser und in das Meer gelangt. Viele Befürchtungen sind wahr geworden
- Es zeigt sich, dass weder die Regierung noch der Kraftwerksbetreiber Tepco den Herausforderungen der Atomkatastrophe gewachsen sind
- Tepco mußte in der Zwischenzeit Staatshilfe beantragen

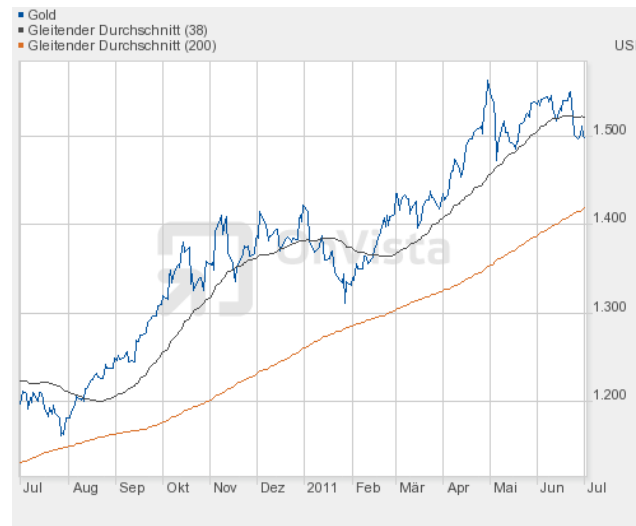
**Aktien Schwellenländer (MSCI Emerging Market Index)**

**31.12.2010 48.036,76 Punkte**  
**30.06.2011 46.255,17 Punkte (- 3,71%)**

- ✓ China wächst weiter ungebrochen. Zwischen Peking und Shanghai wurde nun eine neue Hochgeschwindigkeitstrecke für Züge eröffnet. Für die 1300 km lange Strecke werden knapp 5 Stunden benötigt. Eine Verbindung zu Hongkong ist in Planung
- ✓ China's Neuverschuldung liegt in 2011 bei 2,5%, die Gesamtverschuldung liegt bei 17% des Bruttoinlandsproduktes. Unter Berücksichtigung der Schulden der Kommunen befindet sich China jedoch nach Meinung von Experten bei einer Gesamtverschuldung, die 80% beträgt
- ✓ Dank der starken Wachstumsimpulse in den Schwellenländern hat die Weltbank die globalen Wachstumserwartungen für 2011 von 6% auf 6,3% angehoben
- ✓ Indien verzeichnete eine gute Ernte. Indiens Bauern profitieren von den gestiegenen Weltmarktpreisen für Agrarprodukte
- ✓ 26 afrikanische Staaten arbeiten an einer Freihandelszone, die von Kapstadt und bis Kairo reichen soll
- ✓ Der Welthandel wird in diesem Jahr schätzungsweise um 15% zulegen. Dies ist der stärkste Anstieg seit den 50er Jahren



- Zweifel an der amerikanischen Konjunktorentwicklung führten zu teilweise heftigen Rückgängen der zuvor stark gestiegenen Rohstoffpreise. Silber verliert in wenigen Tagen fast 40%
- Die internationale Energiebehörde (IEA) schätzt die Ölnachfrage in 2011 nunmehr geringer ein. Um den hohen Ölpreis zu drücken, werden an 30 Tagen täglich 2 Mio. Barrel Öl aus den strategischen Reserven verkauft. Dies führte zu einem Rückgang des Ölpreises an einem Tag um 7%



- An amerikanischen Wertpapierbörsen kam es zu einer Betrugswelle mit chinesischen Firmen, die nur auf dem Papier bestanden
- Brasilien leidet unter dem spekulativen Zufluss von Auslandskapital. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist dieser um 45% angewachsen. Die Regierung versucht mit einer Einführung und der Erhöhung von Finanzsteuern den Ansturm abzuwehren. Dieser hat zu einem Anstieg der importierten Inflation geführt. Dies ist ein Phänomen mit dem viele der Schwellenländer zu kämpfen haben. Es ist ein Belastungsfaktor für die entsprechenden Aktienmärkte
- Die Weltbevölkerung erreicht in diesem Jahr 7 Mrd. Menschen. In 2050 sollen 9 Mrd. Menschen auf der Erde leben

### Rohstoffe & Gold

31.12.2010 1.409,10 USD je Feinunze  
 30.06.2011 1.493,85 USD je Feinunze (+ 6,01%)

Trotz sorgfältiger Recherchen übernimmt der Verfasser keine Gewähr für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Informationen. Sie geben seine persönliche Meinung wider. (Stand 30.06.2011)

- ✓ Gold konnte sich der allgemeinen Schwäche der Rohstoffpreise entziehen. Diese Entwicklung wurde jedoch durch die anhaltende USD Schwäche neutralisiert. In Euro umgerechnet verzeichneten Anleger seit Jahresbeginn einen Verlust von ca. 2%
- ✓ Schwellenländer wie Mexiko sind dabei, ihre Goldreserven weiter aufzustocken
- ✓ Die Opec kann sich nicht auf eine Ausweitung der Förderquoten verständigen. Staaten wie Iran und Venezuela brauchen hohe Ölpreise, um ihre Regierungen zu stützen

Redaktion:

Michael Scheidgen  
 private finance e.K

Stefan Andres Straße 23  
 56567 Neuwied  
 Telefon: 02631/953960

www.scheidgen-private-finance.de  
 michael.scheidgen@t-online.de